

Fortsetzung von Seite 1

Generell ist die Organisation von Kinderbetreuung eine der ständigen Herausforderungen für Alleinerziehende. Sie bleiben in prekären Lebenssituationen länger gefangen, weil sie kein privates Netzwerk haben und Jobs aufgrund fehlender Kinderbetreuung nicht annehmen können. Im November 2024 galt Oberösterreich im Bundesländervergleich als Schlusslicht bei den Angeboten zur Kinderbetreuung. Oberösterreich liegt mit ganztägigen Betreuungsplätzen für Unter-Dreijährige mit 6,4 % weit hinter dem Bundeschnitt von 20,7 %. Ein gut ausgebautes Angebot an Kinderbetreuung erleichtert die Erwerbstätigkeit der Mütter und ist damit ein wesentlicher Beitrag, um Frauenarmut zu verringern.

Facetten der Armut

Im Frauenmonitor 2024 weist die Arbeiterkammer aus, dass in Österreich 15 % der weiblichen Bevölkerung aufgrund niedriger Einkommen und unbezahlter Sorgearbeit armutsgefährdet sind. Soziologin Laura Wiesböck: „Frauen, die ihr Leben lang auf der Haushalts- und Familienebene sehr viel geleistet haben, leiden in der Pension mitunter unter Altersarmut. Ihre Leistung findet sich nicht in finanzieller Absicherung wieder. In Summe führen die niedrigeren Teilzeiterwerbseinkommen und Versicherungsverläufe von Frauen, die vor allem durch Zeiten der Kindererziehung Lücken aufweisen, zu niedrigeren Pensionen und anderen sozialen Risiken, wie Armutsgefährdung.“

Alleinerzieherinnen gehören zu jenen Gruppen, die am stärksten von Armut betroffen sind. Durch längere Arbeitslosigkeit fehlt ein existenzsicherndes Einkommen. Selbst Erwerbstätigkeit schützt nicht immer vor Armut und Ausgrenzung. Laut Armutskonferenz ist jede dritte erwerbstätige Alleinerzieherin armutsgefährdet. Mit prekären Beschäftigungen im Niedriglohnssektor, mit Aushilfs-

jobs in der Gastronomie oder Reinigung zählen sie zu den working poor.

Eine Alleinerzieherin ist Mutter zweier Jugendlicher und arbeitet Teilzeit in einem Baumarkt. „Es ist ganz schwierig, wenn meine Kinder ins Kino oder einkaufen wollen. Es ist für mich hart zu sagen, das geht nicht.“ Eine arbeitslose Alleinerzieherin mit kleiner Tochter sagt: „Wir sind oft spazieren oder am Spielplatz, das kostet nichts. Aber sie sieht, dass ihre Freundinnen ins Schwimmbad gehen oder in den Lollipark zum Trampolinspringen. Das tut weh.“

Verglichen mit anderen Familienformen müssen Ein-Eltern-Haushalte einen deutlich größeren Prozentsatz des Haushaltsbudgets für Wohnung, Energiekosten und Lebenshaltungskosten aufwenden. Finanziell kaum über die Runden zu kommen, belastet arbeitslose Alleinerzieherinnen enorm. Die Kinder merken, dass es für ihre Mama schwer ist. Die Frauen bemühen sich, dass ihre Kinder den Mangel nicht spüren. Dennoch können sie Gebühren für den Fußballverein oder die Musikschule nicht bezahlen.

Blick auf Potentiale

Kinder brauchen ein existenzgesichertes Leben und gute Lebensqualität, damit sie ihre Potentiale entwickeln können. Dazu ist es wichtig, dass sie in leistbaren Betreuungseinrichtungen einen Platz bekommen, wo sie gemeinsam lernen und von sozialen Kontakten, Bewegung sowie Sprachförderung profitieren. Alle Kinder sollen einen guten Start ins Leben haben. Österreich zählt zu den reichsten Ländern der Welt und doch sind 23 % der Kinder und Jugendlichen armutsgefährdet. Das ist jedes fünfte Kind. Die Kindergrundsicherung ist ein Modell, um der Kinderarmut in Österreich strukturell entgegenzuwirken.

Arbeitslose, alleinerziehende Frauen mit anderer Erstsprache haben meist noch höhere Hürden zu überwinden, um beruflich Fuß zu fassen. Sie erhalten unzählige Absagen auf ihre Bewerbungen, selbst wenn sie gute Ausbildungen und Deutschzertifikate nachweisen.

Frau M. hat in der Ukraine ein betriebswirtschaftliches Studium abgeschlossen und als Vertriebsmanagerin gearbeitet. Mit ihrer kleinen Tochter ist sie aus dem Kriegsgebiet geflohen: „Ich hatte eine gute Arbeit, einen guten Lohn, eine schöne Wohnung. Hier fange ich bei Null an.“ Trotz guter Kenntnisse in Englisch und Deutsch arbeitet sie als Putzfrau. Die Anerkennung von Qualifikationen und die Integration von Frauen mit Migrationsbiografie in den Arbeitsmarkt ist ein wichtiger Beitrag zur Bewältigung des Fachkräftemangels.

Gezielte Unterstützung und Qualifizierung, die den beruflichen Wiedereinstieg von arbeitslosen Alleinerzieherinnen fördert, ist eine langfristig sinnvolle Investition. Jobs mit flexiblen Arbeitszeiten und familienfreundliche Unternehmenskulturen helfen ebenso wie qualitätsvolle, leistbare, zeitlich ausreichende Angebote der Kinderbetreuung. Erwerbstätigkeit ermöglicht finanzielle Unabhängigkeit, fördert den Erwerb von Sprachkenntnissen und stärkt das Selbstbewusstsein.

Frau M. strebt eine Ausbildung zur Kindergartenassistentin an: „Ich brauche Arbeit, um Leute zu treffen und mich wertvoll zu fühlen. Ich will ein gutes Zertifikat. Ich will ein gutes Leben für mich und mein Kind aufbauen.“

*Mag.^a Katja Haller
Referentin Bischöfliche Arbeitslosenstiftung der Diözese Linz*

Quelle:

*Und wo ist hier die Leistung, Laura Wiesböck
<https://laurawiesboeck.net/kommentare-de>*

Kirche im Globalen Süden

Theologische Herausforderungen globaler Ungleichheit

Globale Ungleichheit stellt nicht nur eine politische und wirtschaftliche Herausforderung dar, sondern fordert auch die Theologie heraus – besonders im Globalen Süden. Wie reagieren Kirchen in Afrika, Asien und Lateinamerika auf Armut und koloniale Vergangenheit und was können wir daraus lernen?

Das enorme Wachstum der christlichen Kirchen im Globalen Süden gehört zu den markantesten Veränderungen der Weltkirche seit der Mitte des 20. Jahrhunderts. Wie diese Entwicklung zu interpretieren ist – nicht zuletzt angesichts einer Stagnation bzw. Rückwärtsentwicklung der Mitgliederzahlen christlicher Kirchen im Globalen Norden – ist Gegenstand vielfacher Diskussionen.

Positionen zu Kirche(n) im Globalen Süden

In der europäischen Wahrnehmung der Kirchen im Süden lassen sich drei Zugänge ausmachen:

(1) Eine romantische Sichtweise, die in der „Exotik“ afrikanischer, asiatischer und lateinamerikanischer Ortskirchen einen Schatz sieht, der in den westlichen Gesellschaften verlorengegangen sei. In den Ländern des Südens sei der Glaube noch lebendig, heißt es oft in kritischer Auseinandersetzung mit den säkularen Gesellschaften Europas. Diese Einschätzung ist nicht einfach falsch, übersieht aber, dass die Religiosität der Menschen im Globalen Süden sehr stark auch aus nichtchristlichen religiösen Traditionen gespeist wird (wie etwa in Indien), dass einheimische Kirchen (vgl. die African Independent Churches) oder neue Formen der Religiosität (insbesondere der Neopentekostalismus) der katholischen Kirche zusetzen und in manchen Ländern ein regelrechter Exodus von Gläubigen aus der katholischen Kirche erfolgt. Eine idealisierende Wahrnehmung der Kirchen des Südens übersieht oft deren desolate politische und ökonomische Lage.

(2) Eine paternalistische Perspektive, die pastorale Ansätze und theologische Positionen des deutschsprachigen Raums als „besser“ und „höher entwickelt“ ansieht als das, was im Christentum des Südens gelebt und gedacht wird. Gewiss hat die Kirche in Europa bzw. in den deutschsprachigen Ländern Errungenschaften vorzuweisen, aber diese hängen auch mit den ungleich besseren ökonomischen Bedingungen des Nordens zusammen; Kirche und Theologie im Kontext von Armut und Gewalt sind oft mit sehr konkreten und grundlegenden Problemen beschäftigt, sodass Weiterbildung und theologische Auseinandersetzung oft auf der Strecke bleiben, auch wenn es viele interessierte und begabte Menschen gäbe.

(3) Ein postkolonialer Zugang, der das Christentum im Globalen Süden als Produkt kolonialer Mission ansieht, deren (historische und aktuelle) Machtstrukturen es kritisch zu hinterfragen gelte. Ein solcher kritischer Blick auf die politischen und ökonomischen Machtverhältnisse und deren Verquickung mit der kirchlichen Verkündigung ist tatsächlich wichtig und wird gegenwärtig etwa von Missionsorden sehr ernst genommen. Zugleich darf die postkoloniale Kritik die Gläubigen im Globalen Süden nicht einfach nur als Opfer betrachten und dabei übersehen, dass sich viele Menschen in Asien, Afrika und Lateinamerika sehr wohl kritisch mit Glauben, Kirche und Mission auseinandergesetzt haben.

*Univ.-Prof. DDr. Franz Gmainer-Pranzl,
Zentrum Theologie Interkulturell und
Studium der Religionen, Universität
Salzburg.*

Kritische Entwicklungsforschung

Manche theologischen Debatten über das Christentum in den Ländern des Globalen Südens nehmen die politischen, sozialen und ökonomischen Strukturen und Zusammenhänge, von denen die Kirchen des Südens (und des Nordens) geprägt sind, nicht ausreichend in den Blick. Jene Weltregion, die wir den „Globalen Süden“ nennen (in Nachfolge des missverständlichen Begriffs „Dritte Welt“), bildet nicht eine harmonische Ergänzung zum Globalen Norden, sondern ist von massiven globalen Ungleichheiten betroffen, die aus historischen Entwicklungen und gegenwärtigen Strukturen von Wirtschaft und Politik resultieren. Dass der Großteil der Menschheit (und der Weltkirche) in schwierigen Verhältnissen lebt, spürbar an den Folgen des Klimawandels leidet oder auch mit autoritären Regierungen auskommen muss, ist kein Schicksal oder „eigene Schuld“ (wie dies der Neoliberalismus glauben machen will), sondern konkrete Folge bestimmter ökonomischer Interessen und politischer Entscheidungen. Ekklesiologisch bedeutet das: Mitten durch die Weltkirche verläuft eine Bruchlinie ökonomischer Ungleichheit und politischer Abgrenzung zwischen „Nord“ und „Süd“. Entsprechende entwicklungstheoretische Ansätze interpretieren diese Bruchlinie globaler Ungleichheit auf unterschiedliche Weise (etwa dependenztheoretisch, weltssystemtheoretisch oder im Sinn des Post-Developments) und fordern dazu heraus, die theologische Sicht auf die Kirchen des Globalen Südens mit einer Analyse der global herrschenden Strukturen von Politik und Ökonomie

zu verbinden. Die Kirchen des Südens sollen letztlich keine Hilfsempfänger:innen sein, sondern Subjekte des Glaubens und Orte einer selbständigen Theologie – was immer wieder auch eindrücklich sichtbar wird.

(Welt-)Kirche in einer zerrissenen Welt

„Mach dein Volk in unserer zerris-

senen Welt zum Werkzeug der Einheit und des Friedens“, lautet eine Bitte im Ersten Hochgebet für Messen für besondere Anliegen.

Diese Gebetsbitte nimmt ernst, dass unsere Beziehungen zu den christlichen Gemeinden und Gruppen im Globalen Süden in einer zerrissenen Welt gelebt werden, in einer Welt

der Ungleichheit, der Ausbeutung und Unterdrückung. Wenn diese globale Realität wahr- und ernstgenommen wird, können glaubhafte Beziehungen zu unseren Mitchrist:innen im Globalen Süden geknüpft werden.

Die Klimakrise – eine Menschenrechtsperspektive

Von notwendigen außergewöhnlichen Kehrtwendungen spricht der Club of Rome, basierend auf wissenschaftlichen Berechnungen. Die Menschenrechte bieten dabei den erforderlichen Kompass.

Mag. Walter Suntinger, Associated Expert, Ludwig Boltzmann Institut, Grund- und Menschenrechte

Es ist wie es ist – die Realität anerkennen

Zusammenbruch oder Durchbruch – vor dieser Wahl stehe die Menschheit nun. Das meint nicht irgendwer, sondern Antonio Guterres, als UNO-Generalsekretär so etwas wie das oberste Gewissen der Welt.

Die Menschheit, also jeder und jede von uns, muss sich entscheiden: Machen wir weiter wie bisher oder nehmen wir all unseren Mut für ein planetarisches Vorhaben zusammen, das auf nicht weniger hinausläuft als ein Leben in Würde. Für alle.

Der Club of Rome spricht vom Überleben. „Earth for all: Ein Survival Guide für unseren Planeten“, heißt sein jüngster Bericht (2022). Spätestens seit seinem ersten, der 1972 „Die Grenzen des Wachstums“ auslotet, sollte uns die Endlichkeit der natürlichen Ressourcen bewusst sein. Die Wissenschaft bescheinigte uns mittlerweile mehrfach, dass wir einige planetare Grenzen überschritten haben. Dieser wissenschaftliche Befund ist unbestreitbar.

Dürfen wir noch hoffen? Ist

ein künftiges Leben in Würde möglich? Für alle?

„*Hoffnung ist nicht die Überzeugung, dass etwas gut ausgeht, sondern die Gewissheit, dass etwas Sinn hat, egal wie es ausgeht*“, schrieb Václav Havel, als er im Gefängnis saß. Der Ausgang der Krise mag ungewiss sein, ja, selbst das Überleben. Doch solange wir uns an etwas halten können, das Sinn macht, sind wir nicht verloren, können wir hoffen.

Der Menschenrechtsansatz macht jedenfalls Sinn. Egal, wie es ausgeht.

Was es braucht, um die Erde lebensfähig zu erhalten, beschreibt der Club of Rome als fünf „außergewöhnliche Kehrtwendungen“: die erste beendet die Armut, die zweite verringert die Ungleichheit, die dritte stärkt die Rolle der Frau, die vierte gestaltet das Nahrungsmittelsystem um, die letzte reformiert das Energiesystem. Warum fokussiert der Club of Rome auf diese Bereiche? Grundlage dafür sind innovative, wissenschaftlich plausible Modellrechnungen, die sich seit 1972

im Wesentlichen empirisch bestätigt haben.

Die Menschenrechtsbrille aufsetzen

Mit einer rosaroten Brille durch das Leben zu laufen ist in der aktuellen Lage ebenso unangemessen, wie alles bloß schwarz zu sehen. Was sich hingegen als lohnend erweist, ist der Blick durch die Menschenrechtsbrille. Bevor wir sie aufsetzen, seien ein paar Prinzipien, gewissermaßen das menschenrechtliche Grundvokabular, vorausgeschickt.

Prinzip 1: Alle Menschen haben die gleiche Würde. Die einzelnen Menschenrechte sind deren Konkretisierung.

Die menschliche Würde ist die zentrale, rechtliche und philosophische Kategorie. Sich der eigenen Würde und Rechte bewusst zu sein, ermächtigt – individuell und kollektiv. Sämtliche Menschenrechte können als Konkretisierung davon gesehen werden, von den bürgerlichen und politischen Menschenrechten (Leben, Folterverbot, persönliche Freiheit, Religions-

und Meinungsfreiheit und andere mehr) bis zu wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten (Arbeit, angemessener Lebensstandard, Gesundheit, Bildung, kulturelle Teilhabe), ergänzt um das alles durchziehende Prinzip der Gleichheit.

Prinzip 2: Würde und Rechten entsprechen Verantwortung und Pflichten.

Mit der jedem Menschen angeborenen Würde gehen Verantwortlichkeiten und Pflichten einher: Handlungen, welche die Menschenwürde beeinträchtigen, dürfen nicht gesetzt werden; andere wiederum sind geboten, um die Menschenwürde zu schützen und zu fördern. Diese Verantwortlichkeiten und Pflichten sind sowohl ethischer als auch rechtlicher Natur, wobei die in philosophischen und religiösen Systemen weitverbreitete „Goldene Regel“ als Kern eines Weltethos gesehen werden kann. „*Tue nicht anderen, was du nicht willst, dass sie dir tun.*“, und: „*Alles, was ihr wollt, dass euch die Menschen tun, das tut auch ihr ihnen ebenso.*“

Rechtlich sind es primär die Pflichten des Staates, aber indirekt auch von Individuen und Gruppen. Der Staat hat negative und positive Pflichten, er muss die Menschenrechte einerseits achten (das heißt: *etwas nicht tun*, was die Menschenrechte verletzt, *nicht* unzulässig eingreifen) und muss sie andererseits gewährleisten (*etwas tun*, konkrete Maßnahmen setzen, um Menschenrechte zu garantieren).

Prinzip 3: Menschenrechte schützen, gleichen aus und integrieren.

Sie funktionieren wie Verkehrsregeln, stellen Kriterien, Mechanismen und Prozesse bereit, um vor den negativen Auswirkungen ungleicher Machtverhältnisse („den Rowdies“) zu schützen, unterschiedliche Interessen in der Gesellschaft auszubalancieren und die Inklusion marginalisierter Gruppen zu fördern. Sie bilden die

Grundlage sozialen Friedens.

Der Menschenrechtsblick auf die Klimakrise

Was bedeutet das für das Überleben auf unserem Planeten? Zunächst einmal, dass sich aus den Menschenrechten auf Leben, Gesundheit, angemessenen Lebensstandard eine *staatliche Verpflichtung* herleitet, *angemessene und wirksame Maßnahmen gegen die Klimakrise zu treffen*.

Das hat der Internationale Gerichtshof in einem wegweisenden Gutachten im Juli 2025 festgestellt, in dem er ein „Recht auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt“ anerkennt. Ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte gegen die Schweiz stellte schon 2024 Verletzungen der Rechte auf Privatleben und auf ein faires Verfahren fest, weil die Schweiz Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele unterlassen hat und mangelnden Rechtsschutz gegen diese Untätigkeit gewährte.

Auch die erwähnten „Kehrtwenden“ weisen eine Menschenrechtsdimension auf: Armut verletzt die Würde und das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard. Gleichheit ist ein zentrales Menschenrechtsprinzip, wirkt ermächtigend und schärft das Bewusstsein dafür, dass die Marginalisierten die Hauptlast der Klimakrise tragen. Auch Nahrungs- und Energiesysteme sind in vielfältiger Form menschenrechtsrelevant.

Die Menschenrechte bieten Orientierung in stürmischen Zeiten, sie stellen Kompass und Wegmarkierungen bereit. Sie bilden die Grundlage für die friedliche Bewältigung der enormen Herausforderungen der Gegenwart. Verlieren wir die Menschenrechte aus den Augen, gerät die Welt aus den Fugen.

Den Beweis dafür sollte die Menschheit nicht antreten. Handeln wir jetzt! Menschenrechtlich, hoffnungsvoll, als „Menschen guten Willens“!

„Re:source Glaube – Kraft zur Solidarität, Mut zur Gestaltung in Zeiten der Transformation“

Globale Herausforderungen wie Klimakrise, soziale Ungleichheit, Flucht oder Krieg beschäftigen viele von uns. Mitten in diesen Krisen stellt sich die Frage:

Welche Hoffnungsperspektiven und Kraftquellen bietet unser christlicher Glaube?

Was kann Glaube/Spiritualität dazu beitragen, dass ich angesichts globaler Herausforderungen handlungsfähig bleiben kann?

Wie kann die christliche Botschaft zum Beispiel bei Festen, Sakramenten in den aktuellen gesellschaftspolitischen Kontext übersetzt werden? Für unterschiedliche Zielgruppen?

„Re:source Glaube“ ist ein monatliches, einstündiges Online-Format.

Es richtet sich an haupt- und ehrenamtlich Engagierte in der Diözese Linz und Interessierte, die sich mit den gesellschaftspolitischen Herausforderungen unserer Zeit auseinandersetzen.

Termine:

jeweils donnerstags
02. Okt. 2025, 06. Nov. 2025,
04. Dez. 2025, 08. Jän. 2026,
05. Feb. 2026, 05. März 2026,
09. April 2026, 07. Mai 2026.
jeweils von 16:30 bis 17:30 Uhr.

Informationen und Rückfragen:
Fachbereich Gesellschaft & Soziales,
Kapuzinerstr. 84, 4020 Linz
☎ 0732 / 7610 – 3252
Mail: gesellschaft_soziales@dioezese-linz.at,
<http://www.dioezese-linz.at/soziales>

Das Defizitverfahren zur Korrektur budgetärer Schieflagen eines EU-Mitgliedstaates

Nach Jahren expansiver Haushaltsführung und milliardenschwerer Krisenpakete rückt für Österreich die Einhaltung der Stabilitätskriterien wieder in den Fokus. Doch was bedeutet das konkret – und welche wirtschafts- und finanzpolitischen Konsequenzen stehen bevor?

*Mag. Bernhard Grossmann,
Büro des Fiskalrates,
Büroleiter*

Die Konsolidierung des Staatshaushalts ist unliebsam, aber notwendig und geht alle etwas an: Dabei geht es nicht nur um die Erfüllung von Budgetvorgaben, sondern vielmehr um die Schaffung budgetärer Spielräume, um die makroökonomische Stabilisierungsfunktion des Staates aktiv ausüben, eine spezifische politische Agenda umsetzen und wichtige Zukunftsinvestitionen zur Bewerkstelligung des demografischen, digitalen und grünen Wandels tätigen zu können.

Und warum jetzt ein kompliziertes Fiskalregelwerk?

Der EU-Fiskalrahmen soll dazu beitragen, die krisenbedingt hohen Staatsschuldenstände auf realistische Art und Weise schrittweise und dauerhaft zu senken, und dabei auf länderspezifische Herausforderungen Bedacht nehmen. Wichtige Elemente dieses Fiskalrahmens sind budgetäre Vorgaben (Fiskalregeln) und unabhängige Fiskalräte, die die Einhaltung dieser Vorgaben überwachen. Der Rahmen sieht zudem Prozesse vor, die grundsätzlich die Einhaltung der Vorgaben unterstützen (z. B. präventiv wirkende Sanktionsmechanismen oder selbsterstellte Budgetpfade der Mitgliedstaaten, die die nationale Eigenverantwortung fördern), aber im Falle von Verfehlungen budgetäre Schieflagen auch wieder korrigieren. Man spricht in diesem Zusammenhang auch vom „präventiven und korrektiven Arm“ des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes (SWP). Genau an dieser Stelle setzt das Defizitverfahren („Verfahren wegen eines übermäßigen Defizits – ÜD-Verfahren“) an: Wenn man von jenem Budgetpfad abkommt, der im Einklang mit den EU-Vorgaben steht, muss man innerhalb von bestimmten

Fristen und mit festgelegten, großen Schritten wieder zu diesem Pfad zurückfinden. Im konkreten Fall stellt die Obergrenze für das gesamtstaatliche Budgetdefizit von maximal 3 % des BIP die Mindestanforderung an den Budgetpfad eines Mitgliedstaates dar. Zusammen mit einer Staatsschuldenquote von maximal 60 % des BIP bzw. einer hinreichend rückläufigen Schuldenquote in Richtung dieser Grenze – dazu wird das Wachstum bestimmter Staatsausgaben beschränkt und ein maximal zulässiger „Nettoausgabenpfad“ festgelegt – sind das die beiden sogenannten „Maastricht-Kriterien“.

Verlässt man ausnahmsweise etwa aufgrund einer außergewöhnlichen Situation den Budgetpfad, und entfernt man sich nur geringfügig und vorübergehend davon, hat die Abweichung keine rechtliche Konsequenz. Dies wird im Rahmen eines Berichts der Europäischen Kommission beurteilt. Treffen allerdings diese drei Merkmale (ausnahmsweise, geringfügig, vorübergehend) nicht zu, besteht ein „übermäßiges“ Budgetdefizit im Sinne des SWP und nach Beschluss des Rats für „Wirtschaft und Finanzen“ (ECOFIN), dem die Wirtschafts- und Finanzminister:innen aller Mitgliedstaaten angehören, wird ein defizitbasiertes ÜD-Verfahren eröffnet.

Und warum wird ein ÜD-Verfahren von den einen verpönt und von den anderen nahezu herbeigeseht?

Im Rahmen eines ÜD-Verfahrens gilt die Einhaltung des Nettoausgabenpfades, zumindest aber eine Verringerung des Budgetdefizits (genau genommen des Budgetdefizits bereinigt um konjunkturelle Effekte und Zinszah-

lungen) um 0,5 % des BIP pro Jahr, als ausreichende Anpassung, um die Defizitobergrenze von 3 % des BIP in absehbarer Zeit wieder zu unterschreiten. Allerdings bleibt im Kontext des ÜD-Verfahrens ein wichtiger Bestimmungsfaktor des Nettoausgabenpfades – die Schutzvorkehrung zur Rückführung der Staatsschuldenquote um durchschnittlich 0,5 Prozentpunkte pro Jahr – außer Acht. Damit fällt die für Österreich strengste Vorgabe zur Bestimmung des Nettoausgabenpfades weg und es entsteht die durchaus skurrile Situation, dass die Budgetvorgaben im ÜD-Verfahren lockerer sind als ohne. Demzufolge zieht ein ÜD-Verfahren für Österreich einen geringeren Konsolidierungsaufwand und damit einhergehend auch geringere negative makroökonomische Rückkopplungseffekte durch die Konsolidierung nach sich.

Daraus ergibt sich ein Dilemma: In einer anhaltenden Rezession, die sich hartnäckig in Österreich hält, sollte möglichst jenes Regime verfolgt werden, dass die geringste zusätzliche Belastung der heimischen Volkswirtschaft nach sich zieht – ein ÜD-Verfahren. Zudem sind der Verlust der Budgethoheit sowie die Dauerpräsenz der Europäischen Kommission ein Mythos, wengleich ein „ständiger Dialog“ und zusätzliche Berichtspflichten bestehen. Der dringende Handlungsbedarf hingegen, die große fiskalische Lücke möglichst rasch und nachhaltig zu schließen, um wieder wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum zurückzugewinnen, spricht klar für einen steileren Konsolidierungspfad, wie er außerhalb des ÜD-Verfahrens vorgeschrieben wäre. Zudem sollte die politische Signalwirkung (Reputati-

onsverlust) nicht unterschätzt werden, die mit Missachtung gesetzlicher Vorgaben einhergeht. Wenn auch in der Vergangenheit Finanzmärkte kaum auf die Einleitung von Defizitverfahren über höhere Risikoaufschläge reagiert haben (ein ÜD-Verfahren vermittelt durchaus auch ein adäquates Korsett zur Wiederherstellung von Fiskaldisziplin), so spielen die Bereitschaft zur nachhaltigen Konsolidierung und zu deren konsequenten Umsetzung eine bedeutende Rolle, um eine Herabstufung der Kreditwürdigkeit durch Ratingagenturen zu vermeiden – vorausgesetzt, die Fiskalposition reißt im Vergleich zu den Ländern der gleichen Bonitätsstufe nicht ab.

Und was ist nun jedenfalls aus budgetärer Sicht für Österreich wichtig?

Zunächst ist der Lückenschluss zwischen Staatsausgaben und Staatseinnahmen erforderlich, um aus der Phase hoher Budgetdefizite herauszukommen. Die wohl noch größere Herausforderung besteht aber darin, in Zukunft auch eine dauerhafte Angleichung der Zuwächse auf der Einnahmen- und Ausgabenseite zu erreichen, um eine neuerliche Öffnung dieser Einnahmen-Ausgaben-Schere bzw. Finanzierungslücke zu verhindern und nachhaltige Staatsfinanzen zu gewährleisten. Berechnungen des Fiskalrates zufolge reicht eine Unterschreitung der Defizitobergrenze von 3 % des BIP bei Weitem nicht aus, um die Staatsschuldenquote unter 60 % des BIP zurückzuführen: Nach dem Jahr 2028 – die voraussichtliche Frist bis zur erforderlichen Beendigung der Phase übermäßiger Defizite in Österreich – dürfte das jährliche Budgetdefizit im Durchschnitt maximal 1,5 % des BIP betragen, was angesichts des wachsenden Drucks aus dem demografischen Wandel kein leichtes Unterfangen darstellt.

So bleibt es auch Österreich nicht erspart, sich nach der Decke zu strecken. Weder „Koste es, was es wolle oder brauche“ noch Resignation oder

Hoffnung sind taugliche Nachhaltigkeitsprinzipien, die aufgrund der bestehenden Ausgabendynamik die langfristige Schuldentragfähigkeit Österreichs sicherstellen würden.

Aktives, strategisches Handeln ist erforderlich. Gebietskörperschaftsübergreifend. Jetzt.

resse - interesse - interesse - interesse - interesse
sse - interesse - interesse - interesse - int
se - interesse - interesse
e - int

BÜCHER

Folgendes Buch ist im Fachbereich Gesellschaft und Soziales entlehnbar:

J. Greß: Ausbeutung auf Bestellung. Österreicher findest' für die Arbeit keine. ÖGB-Verlag, Wien 2024, 287 Seiten.

Ohne Migrant:innen, ohne ihre Arbeitskraft, müssten wir auf viele Dienstleistungen (Gesundheitssystem, Pflege, Essenszustellung, Fahrradboten usw.) verzichten bzw. müssten etliche Betriebe schließen. Meistens sind es Berufe, die keine österreichischen Arbeitskräfte bereit wären zu übernehmen. Diese Tätigkeiten sind meistens schlecht bezahlt und die Arbeitsbedingungen sind oft auch miserabel. Der Autor führte viele Gespräche mit solchen Arbeitskräften, häufig sind sie selbständig. Diese fragwürdigen Bedingungen sind das Resultat wirtschaftlicher und politischer Entscheidungen, weil dahinter wirtschaftlich und/oder politische Interessen stehen. Um diese ausbeuterischen Arbeitsbedingungen zu verbessern reichen aber die üblichen gewerkschaftlichen Maßnahmen nicht aus. Es braucht neue Strategien, Instrumente, Organisationsformen und Bündnisse. Es handelt sich um ein politisches Problem und braucht daher auch politische Lösungen. Ein gut recherchiertes und leicht lesbares Buch.

Klima und Klimakterium

Am letzten Frühlingstag ging ich ins Gebirge, es war früh, aber schon tropfte der Schweiß von den Augenbrauen. Sogar die Hündin trottete brav hinter mir. Nach alter Frauenart ärgerte ich mich über meine mangelnde Fitness, früher hatte ich doch nicht so geschwitzt! Naht schon der Wechsel? Ich blieb stehen und schnaufte. Die Gämsen sahen mit geneigten Köpfen herüber. Der Himmel war schon nicht mehr blau, sondern wie von der Hitze ausgebleicht. Als ich wieder zu Atem gefunden hatte, verwarf ich meine Selbstbechtigung. Es liegt nicht am Klimakterium, es liegt am Klima. Wie so oft war ich alleine mit dem Auto ins Stodertal gefahren. Ausnahmsweise war mir ein dickes Insekt gegen die Windschutzscheibe geknallt. Leute meines Alters erinnern sich, dass man früher kaum länger als eine Stunde fahren konnte, ohne die Unzahl getöteter Tiere von der Scheibe waschen zu müssen. Es lag am Klima, also lag es doch an mir. Wie kann man das nicht sehen? Wenn ein Meteorologe in den Sozialen Medien die Klimakatastrophe mit Fakten belegt, schreibt binnen Sekunden irgend ein Thomas oder Wolfgang drunter, dass die Sommer früher auch heiß waren, na und?

Mich fasziniert diese kognitive Dissonanz. Ein Sozialistischer Politiker, der ein über alle Maßen privilegiertes Leben führt, plädiert dafür, die Menschenrechtskonvention einzuschränken. Eine Frau führt eine rechtsextreme Partei in Deutschland, und lebt in der Schweiz in einer lesbischen Partnerschaft. Ein paar Stufen darunter, aber trotzdem doof: mit dem Auto in die Berge fahren und dann traurig sein. Die Lösung? Weiter entfernt als der Gipfel an diesem Tag. Den erreichte ich schwitzend, aber glücklich. Eine Hitze wie in einem Glashaus. Es ist Zeit, den ersten Stein zu werfen.

Ihre Weinbergschnecke

resse - interesse - interesse - interesse - interesse
sse - interesse - interesse - interesse - interesse
se - interesse - interesse - interesse - interesse

TERMINE

Demokratiefahrt nach Wien

Eine Entdeckungsreise zur Geschichte und Gegenwart österreichischer Demokratie

Sa., 27. Sept. 2025, 8:06 bis 19:10 Uhr

Referentinnen:

Mag.^a Lucia Göbesberger,

Mag.^a Eva-Maria Kienast

Wir beginnen im Haus der Geschichte am Heldenplatz. Dort wird 80 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges das Umbruchsjahr 1945 in den Mittelpunkt gestellt. Welche Hoffnungen, Ungewissheiten, Kontinuitäten und Brüche taten sich auf?

In der aktuellen Sonderausstellung „Es funk! Österreich zwischen Propaganda und Protest“ erleben wir, wie uns das Medium Radio als Sprachrohr für die Gesellschaft geprägt hat, wie Politik gedacht und Demokratie geformt wird.

Nach der Mittagspause werden wir das Parlament besichtigen. In einer Führung zur Geschichte des Hauses und zu aktueller Politik kommen wir in intensiven Kontakt mit dem Entscheidungsgremium Österreichs. Im Anschluss ist noch Zeit, sich im Demokratium mit der parlamentarischen Demokratie in Österreich zu beschäftigen.

Anmeldung erforderlich:

Bildungshaus Schloss Puchberg

Puchberg 1, 4600 Wels

☎ 07242 / 47 537

Mail: puchberg@dioezese-linz.at

www.schlosspuchberg.at



FEST FÜR DIE ERDE

4. Okt 2025

ab 14:00
Wir sind dran!
Platz für Möglichkeiten
Information und Begegnung zu Ökologie, Schöpfung und Mitweltgerechtigkeit, Streetfood, Kleinkunstbühne

ab 14:30
Kunstperformance in der Domkrypta

20:00
Konzert mit **LALÁ**
Erstaufführung „Lied für die Erde“
Botschaften aus Ländern des Globalen Südens

Konzerttickets bei oeticket
www.festfuerdieerde.at

Am Domplatz
Im Mariendom
Linz



Impressum: Inhaberin Diözese Linz (Alleininhaberin)
Herausgeberin und Verlegerin: Mag.^a Lucia Göbesberger, Fachbereich Gesellschaft und Soziales,
Diözese Linz, Bereich 3 Soziales & Caritas, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz, ☎ (0732) 76 10 – 32 51
E-Mail: gesellschaft_soziales@dioezese-linz.at, www.dioezese-linz.at/soziales
Hersteller: Druckerei Haider Manuel e.U., 4274 Schönau i.M., Niederdorf 15
Verlagsort Linz, Verlagspostamt 4020 Linz/Donau, Erscheinungsort Linz
Österreichische Post AG - MZ02Z031665M – Diözese Linz, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz
Die Inhalte müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

